



dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

Wahlprüfsteine 2016

Drei gute Gründe ...

CDU zu wählen ...

1. Nur die CDU für klare Verhältnisse sowie für Stabilität und Verlässlichkeit in der Politik steht.
2. Nur mit der CDU die erfolgreiche Aufwärtspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung fortgesetzt wird, es eine bessere Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie mehr innere Sicherheit gibt, es bei geordneten finanziellen Verhältnissen bleibt und nur die CDU für den Erhalt des Gymnasiums, für ein zwölfjähriges Abitur und für den Erhalt von kleinen Grundschulen durch Grundschulverbände eintritt.
3. Nur mit der CDU garantiert ist, dass es keinen linken Ministerpräsidenten, keine Experimente und kein Zurück zur rot-roten Abwärtspolitik der Jahre 1994-2002 gibt.

DIE LINKE zu wählen ...

1. DIE LINKE steht für ein starkes und solidarisches Sachsen-Anhalt. Wir wollen den Abbau im öffentlichen Bereich stoppen und vor allem mehr Lehrer und Polizisten einstellen.
2. DIE LINKE steht für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt und gegen Gewalt und Rassismus. Wir wollen allen Flüchtlingen, Chancen für Bildung und Beschäftigung eröffnen.
3. Wir werden öffentliche Förderungen in allen Bereichen verstärkt an die Grundsätze „guter Arbeit“ und nachhaltiges Wirtschaften knüpfen.

SPD zu wählen ...

1. Es ist Zeit für neue Ideen und mehr Engagement für unser Land – das bislang Erreichte ist dafür gutes Fundament, wir können gemeinsam aber noch mehr.
2. Es ist Zeit für gute Arbeit, insbesondere auch im öffentlichen Dienst des Landes und dazu gehört eine verfassungsgemäße Besoldung mit Jahressonderzahlung.
3. Es ist Zeit für eine gute Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze und Beschäftigung schafft, damit die Steuereinnahmen genutzt werden können, um einen gesunden und starken Staat zu garantieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu wählen ...

1. Weil wir uns für gute Bildung vor Ort einsetzen. Das heißt: mehr Personal in Schule und Kita. Mehr Gestaltungsspielräume vor Ort. Und eine bessere Ausbildung. Denn Bildung ist die Zukunftsinvestition für unser Land und schafft Teilhabechancen für alle. Daher wollen wir Grundschulen vor Ort stärken und mit einer Ausbildungsplatzgarantie allen SchülerInnen nach der Schule berufliche Perspektiven eröffnen.
2. Weil für uns Natur- und Umweltschutz nicht nur Kür, sondern Landespflicht ist. Der Erhalt der Artenvielfalt und damit der eigentliche Reichtum unseres Landes ist daher für uns zentrale Aufgabe der Politik. Ebenso zählt dazu die Stärkung der regionalen bäuerlichen Landwirtschaft. Denn was für Tiere gut ist, kommt auch dem Menschen zugute. Denn wir wollen uns auf unseren Sonntagsbraten freuen können. Regional, bio, lecker, ohne industrielle Massentierhaltung.
3. Weil wir für eine weltoffene Politik stehen. Abschottung und das Schüren von Ängsten ist nicht unsere Sache. Wir sehen in der Zuwanderung die große Chance für Sachsen-Anhalt. Natürlich ist Integration eine Herkulsaufgabe, die wir nicht klein reden. Aber eine erfolgreiche Ankommenskultur eröffnet uns allen Chancen für eine prosperierende und bunte Zukunft. Demokratie und Menschenrechte verpflichten uns zur Hilfe. „Gesunder“ Eigennutz sieht in der Zuwanderung die Chance, den Fachkräftemangel und die Alterung der Gesellschaft abzumildern.

FDP zu wählen:

1. Sachsen-Anhalt soll zur Modellregion für Wachstum und Bürokratieabbau werden. Dafür wollen wir Unternehmen vor wachsender Bürokratie schützen und Neugründungen erleichtern.
2. Sachsen-Anhalt braucht ein modernes Schulsystem. Dafür müssen wir den Lehrplan entschlacken, Kompetenz statt Wissen vermitteln und Schüler mit modernen Arbeitsgeräten ausstatten.
3. Sicherheit in allen Landesteilen. Sachsen-Anhalt braucht mehr Polizei vor Ort, die ihre Priorität auf die Verbrechensbekämpfung legen kann.

Die Spitzenkandidaten zum öffentlichen Dienst

Reiner Haseloff (CDU)

„Ich habe seit 1990 viele Jahre meines beruflichen Lebens als Kommunal-, Bundes- und Landesbeamter gearbeitet. Nach meinen Erfahrungen muss die Wertschätzung eines Dienstherrn ihren Ausdruck immer auch in einer fairen Besoldung, guten Beförderungsmöglichkeiten und in weiteren Regelungen wie der Beihilfe und der Altersversorgung finden. Das hat auch das Bundesverfassungsgericht wiederholt sehr

deutlich ausgeführt. In der nächsten Legislaturperiode will ich mit meinem Kabinett und den Koalitionsfraktionen dafür sorgen, dass die vom Bundesverfassungsgericht 2015 neu entwickelten Besoldungsgrundsätze unverzüglich Eingang in das Besoldungsrecht des Landes Sachsen-Anhalt finden. Weil diese Umsetzung nachhaltig und auf Dauer tragfähig sein soll, muss das Gesetzespaket einschließlich der Heilung für zurückliegende Tatbestände seriös vorbereitet werden. Das ist aus meiner Sicht in der Hektik des Wahlkampfes nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Zur Wertschätzung für die Angehörigen der Landesverwaltung gehört weiterhin die Haushaltsvorsorge für Beförderungen und Stellenhebungen sowie für insbesondere in den Brennpunkten der Landesverwaltung notwendige Neueinstellungen. In gesamtstaatlicher Verantwortung muss aber auch künftig die Kostenentwicklung des Personalhaushalts in ausgewogener Balance zu den haushalts- und fachpolitischen Möglichkeiten und Herausforderungen des Landes insgesamt gesehen werden. Denn die Zukunft unseres Landes und seines öffentlichen Dienstes kann nur auf der Grundlage eines soliden Haushaltes und ohne neue Schulden gestaltet und gewährleistet werden.“

Reiner Haseloff ...

... geboren 1954 in Bülzig, katholisch, verheiratet, zwei Söhne, vier Enkel, Ausbildung und beruflicher Werdegang: Physikstudium an der Technischen Universität Dresden, 1991 Promotion zum Dr. rer. nat., 1978–1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltschutz Berlin – Außenstelle Wittenberg, 1990 Wahl zum Ersten Beigeordneten des Landkreises Wittenberg, 1990- 1992 stellvertretender Landrat des Landkreises Wittenberg, 1992–2002 Direktor des Arbeitsamtes Wittenberg, 2002–2006 Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, 2006–2011 Minister im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, seit 19. April 2011 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Mitglied des Landtages seit der 6. Wahlperiode.

Wulf Gallert (DIE LINKE)

„Wir wollen die Aufgaben der Daseinsvorsorge künftig in hoher Qualität sichern, deshalb muss der Personalabbau gestoppt werden. Das PEK muss weg! Die negativen Folgen und Nachwirkungen der bisher betriebenen Personalpolitik werden sich ad hoc nicht beseitigen lassen, deshalb sind in den Jahren 2016/17 Übergangslösungen zu schaffen, um zur einer soliden Personalbewirtschaftung in Ressortzuständigkeit zu gelangen. Als Sofortmaßnahme müssen der Neueinstellungskorridor für die Allgemeinbildenden Schulen, den Polizeidienst und weitere Ressort-Bereiche mit Engpässen sowie die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöht werden. Wir werden durch die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes die bisherigen Verschlechterungen rückgängig machen und die Arbeitsfähigkeit der Personalvertretungen stärken. Für die Beschäftigten wollen wir u.a. mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und beim Eintritt in den Ruhestand schaffen. Die Schwerbehindertenbeschäftigungsquote soll deutlich erhöht werden. Junge Menschen sollen im öffentlichen Dienst wieder ausgebildet und in diesen übernommen werden. Die Tarifergebnisse sollen inhalts- und zeitgleich auf den Beamtenbereich übertragen, die

Kostendämpfungspauschale soll abgeschafft werden. Die Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamten sollen schrittweise den der Tarifbeschäftigten angeglichen werden. Die Führungsqualität der Vorgesetzten soll ausgebaut werden sowie die frühzeitige Förderung von Nachwuchsführungskräften, insbesondere der weiblichen.“

Wulf Gallert ...

... geboren 1963 in Havelberg, konfessionslos, verheiratet, zwei Kinder, Ausbildung und beruflicher Werdegang: 1983 Institut für Lehrerbildung Magdeburg – Staatsexamen, 1990 PH Leipzig – Diplompädagoge, 1983 – 1990 Lehrer, 1990 – 1993 Studium Politikwissenschaft Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, 1993 – 1994 Leiter Jugendzentrum Havelberg, Mitglied des Landtages seit der 2. Wahlperiode, seit 2004 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Katrin Budde (SPD)

„Der Garant für die staatliche Handlungsfähigkeit ist die öffentliche Verwaltung und damit der öffentliche Dienst. Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen das Fundament des öffentlichen Dienstes dar. Dass das so bleibt, hängt auch vom gemeinsamen Miteinander der Dienststelle und den Beschäftigten ab. Wir wollen die rechtlichen Grundlagen schaffen, um mehr Mitbestimmung in den Personalvertretungen zu ermöglichen. Im Übrigen lehnen wir ab, dass Daueraufgaben im öffentlichen Dienst durch den Einsatz befristeter Beschäftigter wahrgenommen werden. ‚Gute Arbeit‘ muss es daher auch im öffentlichen Dienst lauten. Wir wollen daher die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung fortsetzen. Dabei hat Modernisierung für uns weniger mit der Frage von Strukturen, sondern vielmehr mit der Frage einer effektiven Aufgabenerledigung zu tun. Der Einsatz von moderner digitaler Technik wird hierbei Entlastung schaffen und wo möglich auch ein familienfreundliches Arbeiten von zu Hause ermöglichen. Wir haben uns hierzu bereits in unserem Positionspapier „digitale Agenda“ im Herbst 2015 festgelegt. Das Personalvertretungsgesetz, dessen Novellierung in der aktuellen Legislaturperiode an unserem Koalitionspartner CDU scheiterte, wird in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften ein deutliches Plus an Mitbestimmungsrechten und an weiteren Fortentwicklungen etwa hinsichtlich der Verbesserung von Freistellungsquoten erfahren. Zentrale Aufgabe für die Zukunft ist der Wechsel des Fokus von der quantitativen hin zur qualitativen Personalentwicklung. Um den absehbaren und bereits ermittelten Fachkräftebedarf sicher zu stellen, muss der öffentliche Dienst in Sachsen-Anhalt noch attraktiver werden. Auf die absehbar hohen Altersabgänge muss sich das Land aus meiner Sicht vorbereiten und dort, wo das Land selbst seinen Nachwuchs ausbilden kann (insbesondere Lehrer, Polizei und gewerbliche Ausbildung), seine Ausbildungskapazitäten erhöhen. Die ersten Schritte hierzu wurden in dieser Wahlperiode mit der Anhebung von Neueinstellungsmöglichkeiten für die Bereiche Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung bereits getan. Nachhaltige Erhöhungen der Neueinstellungsmöglichkeiten in die Landesverwaltung müssen ab 2017 folgen. In der kommenden Wahlperiode wird daher aus Sicht der SPD die aufgabengerechte Gewinnung von Fachkräften und damit die einhergehende Bindung von jungen Leuten an das Land im

Fokus der Personalentwicklung des Landes stehen. Dies wird ein aktiver Beitrag des Landes als Arbeitgeber zur demografischen Entwicklung Sachsen-Anhalts sein.“

Katrin Budde ...

... geboren 1965 in Magdeburg, katholisch, verheiratet, zwei Kinder, Ausbildung und beruflicher Werdegang: 1989 Abschluss Diplomingenieur für Arbeitsgestaltung an der TU Magdeburg, 1989 – 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin Forschung, Entwicklung, Rationalisierung, 2001 – 2002 Ministerin für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt, Mitglied des Landtages seit der 1. Wahlperiode, seit 2006 Vorsitzende der SPD-Fraktion.

Claudia Dalbert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Ein gut ausgestatteter öffentlicher Dienst ist das Rückgrat des Staates. Wer dort spart, macht dies auf dem Rücken aller Bürgerinnen und Bürger. Bearbeitungszeiten in den Ämtern und Behörden ufern aus, Unterrichtsausfall nimmt zu und nicht zuletzt führt es zu Überlastungen der Mitarbeitenden. Das Personalentwicklungskonzept - eigentlich ein Personalabbaukonzept - der Landesregierung muss grundsätzlich umgebaut werden. Es war grundsätzlich falsch, erst Kennzahlen des Personalbestandes festzulegen, bevor überhaupt inhaltlich über notwendige und sinnvolle Aufgaben der Ressorts diskutierte wurde. Das Personal muss den Aufgaben folgen. Nicht anders herum. Daher wollen wir alle Aufgaben des Landes, den Aufbau der Verwaltung und die landeseigenen Gesellschaften einer genauen Aufgabenkritik unterziehen. Die Ergebnisse der Analyse müssen sich dann in der Personalpolitik des Landes spiegeln, denn wir wollen keine Personalpolitik nach Kassenlage. Wir stehen für eine Personalpolitik, die den Aufgaben des Landes entspricht und ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten nachkommt. Daher wollen wir bereits zum jetzigen Zeitpunkt mehr Polizistinnen und Polizisten ausbilden und einstellen. Auch im Schulbereich setzen wir auf mehr Studien- und Referendariatsplätze. Im öffentlichen Dienst muss Politik mit bestem Beispiel voran gehen. Mit bestem Beispiel im Sinne guter Arbeit, Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier muss Politik konkret umsetzen, was sie arbeitsmarktpolitisch möchte. Nur dann ist Politik glaubwürdig. Das heißt, auch den öffentlichen Dienst nicht durch Privatisierung auszuhöhlen. Nur so sind Standards guter Arbeit zu garantieren.“

Claudia Dalbert ...

... geboren 1954 in Köln, konfessionslos, ledig, Ausbildung und beruflicher Werdegang: 1973 - 79 Studium der Psychologie mit Abschluss Diplom-Psychologin an der Universität Trier, 1987 Promotion zum Dr. rer. nat., 1995 Habilitation zum Dr. rer. nat., soc. habil., 1979 - 1988 Wissenschaftliche Angestellte, Universität Trier, 1988 - 1989 Akademische Rätin im Weiterbildungsstudiengang "Alterswissenschaften“, Universität Osnabrück, 1989 - 1990 Wissenschaftliche Angestellte im Forschungsprojekt "Kindlicher Dysgrammatismus" (DFG), Pädagogischen Hochschule Heidelberg, 1990 - 1996 Wissenschaftliche Assistentin, AB

Pädagogische Psychologie, Institut für Erziehungswissenschaften, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 1995 - 1998 Vertretungsprofessur Universität Kaiserslautern, seit 1998 Ordentliche Universitätsprofessorin für Psychologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (ruhend), Mitglied des Landtages seit der 6. Legislaturperiode, seit 2011 Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank Sitta (FDP)

„Eine leistungsfähige, rechtsstaatliche Verwaltung ist ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger. Das Wissen und die Kompetenz der Mitarbeiter und eine effiziente Organisation der Behörden sind für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung unabdingbar. Für die Freien Demokraten ist das Beamtentum ein wichtiger Pfeiler der öffentlichen Verwaltung. Zudem ist es für uns wichtig, dass sich staatliches Handeln auf die Bereiche konzentriert, in denen Private nicht gleich gut agieren können oder es keinen Wettbewerb im Markt gibt. Wo staatliches Handeln erforderlich ist, soll dieses durch gut ausgebildete und hoch motivierte Beamte und Angestellte erfolgen. Dies erfordert auch eine angemessene Vergütung, um im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern eine Chance zu haben. Für die Freien Demokraten müssen die verschiedenen Bausteine der Alimentation (Besoldung, Sonderzahlungen, Regelungen der Beihilfe und Heilfürsorge wie auch ein zeitgemäßes Reisekostenrecht) ein Gesamtpaket bilden. Derzeit ist dies in Sachsen-Anhalt nicht der Fall, wie die zahlreichen - auch erfolgreichen - Klagen von Landesbediensteten gegen das Land zeigen. Die Landesregierung scheint gerade das besondere Dienst- und Treueverhältnis mit den Landesbeamten als Einbahnstraße zu betrachten. Wir Freie Demokraten wollen diesen Fehlentwicklungen entgegenwirken und gemeinsam mit den Interessensvertretern die Grundlagen für eine moderne und hochmotivierte öffentliche Verwaltung legen.“

Frank Sitta ...

... geboren 1978 in Sangerhausen, Ausbildung und beruflicher Werdegang: Studium Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Abschluss als Diplom-Politikwissenschaftler, Tätigkeit für den Bundesverband Medizintechnologie und den Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie in Berlin, 2009 Ausbildung zum Europäischen Eventmanager (EurAka) an der Europäischen Medien- und Eventakademie in Baden-Baden, 2008 Gründung seines heutigen Unternehmens, die Sitta Kongress- und Eventmanagement GmbH, seit 2015 Landesvorsitzender der FDP.

Fünf Fragen – fünf Antworten

Wird ihre die Partei ...

1. ... die künftigen Tarifergebnisse inhalts- und zeitgleich auf den Beamtenbereich übertragen?

CDU: Die CDU strebt an, die künftigen Tarifergebnisse inhalts- und zeitgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen.

DIE LINKE: DIE LINKE wird die künftigen Tarifergebnisse inhalts- und zeitgleich in das Besoldungsrecht übertragen.

SPD: Die SPD wird sich wie bisher für die inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse einsetzen, denn gute Arbeit braucht auch gute Entlohnung. Die zeitgleiche Übernahme der Tarifergebnisse streben wir an.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. Bereits bei der nötigen Anpassung der Richterbesoldung haben wir die verzögerte Umsetzung kritisiert. Eine verlässliche und lückenlose Anpassung der Beamtenbesoldung an die Tarifergebnisse bedeutet nicht mehr und nicht weniger als der Fürsorgepflicht des Landes für seine BeamtInnen gerecht zu werden.

FDP: Ja, die Freien Demokraten werden künftige Tarifergebnisse inhalts- und zeitgleich auf den Beamtenbereich übertragen.

2. ... das Weihnachtsgeld analog zu den Regelungen im TV-L wieder einzuführen?

CDU: Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil in Sachsen halten wir auch in Sachsen-Anhalt eine Veränderung im Landesbesoldungsrecht für geboten, um eine verfassungsgemäße Alimentierung unserer Beamtinnen und Beamten zu gewährleisten. Wir wollen auf die Rechtsprechung reagieren und sind es den Beamtinnen und Beamten schuldig, angesichts ihres Arbeitspensums zu vernünftigen Lösungen zu kommen. In diesem Zusammenhang hat sich die CDU dafür ausgesprochen über alle Besoldungsgruppen hinweg wieder eine Jahressonderzahlung ab dem Jahr 2016 einzuführen.

DIE LINKE: Um die Unterschiede bei den Sonderzahlungen zwischen den Statusgruppen (Beamtinnen/Beamte und Tarifbeschäftigte) schrittweise abzubauen, soll mit einer Sonderzahlung für Beamtinnen/Beamte in Höhe von 500 Euro eingestiegen werden. Mit jeder neuen Tariferhöhung sollen die Sonderzahlungen stufenweise erhöht werden, bis beide Statusgruppen die gleichen Höhen von Sonderzahlungen bekommen.

SPD: Die SPD wird das Weihnachtsgeld ab dem Jahr 2016 wieder einführen. Einen entsprechenden Antrag haben wir in die Sitzung des Landtages Ende Januar eingebracht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. Bereits in der Plenardebatte am 28. Januar 2016 haben wir dieses Anliegen unterstützt.

FDP: Ja, die Freien Demokraten befürworten die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes. Der zunehmenden unterschiedlichen Behandlung von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst muss entgegengewirkt werden. Hinsichtlich der Art und Weise der Wiedereinführung des „Weihnachtsgeldes“ bestehen verschiedene Möglichkeiten (Einmalzahlung oder Splittung). Aus Sicht der Freien Demokraten sollten bei der Entscheidung die Interessenvertreter eingebunden werden.

3. ... die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und Heilfürsorge abschaffen?

CDU: Wie unter Punkt 2 erwähnt, wird sich die CDU für eine verfassungskonforme Besoldung nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil in Sachsen einsetzen. Dies hat für uns Vorrang und infolge dessen werden wir die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale auf den Prüfstand stellen.

DIE LINKE: DIE LINKE wird die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und Heilfürsorge abschaffen.

SPD: Die SPD wird die Kostendämpfungspauschale auf den Prüfstand stellen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auch wenn diese Maßnahme zu finanziellen Belastungen der Beamtinnen und Beamten führt, ist die Abschaffung dieser bundesweit doch gängigen Regelung keine Priorität BÜNDNISGRÜNER Politik und steht unter Finanzierungsvorbehalt. Die Haushaltslage des Landes zwingt auch uns zur Priorisierung unserer politischen Agenda.

FDP: Für die Freien Demokraten besteht die Pflicht des Staates, seine Beamtinnen und Beamten angemessen zu alimentieren. Neben der Besoldung an sich und Sonderzahlungen gehören hierzu auch Regelungen zur Beihilfe. In den vergangenen Jahren mussten die Beamten deutliche Einschnitte hinnehmen bzw. es wurden ihnen mögliche Besoldungssteigerungen vorenthalten. Die Freien Demokraten sind zwar grundsätzlich der Auffassung, dass ein angemessener Eigenbeitrag zur Übernahme der eigenen Gesundheitskosten rechtlich zulässig und zumutbar ist, doch erachten wir derzeit eine weitere oder sogar stärkere Beteiligung als nicht mehr angemessen.

4. ... den Teilzeit-TV LSA, der Ende 2016 ausläuft, verlängern?

CDU: Die CDU wird für die Verlängerung bzw. Anpassung des Teilzeit-TV LSA eintreten.

DIE LINKE: Einer tariflichen Regelung, die das aufgreift, wird sich DIE LINKE nicht verschließen.

SPD: Die SPD steht Teilzeitbeschäftigungen als Mittel zur Schaffung von familienfreundlicher Beschäftigung im öffentlichen Dienst sehr positiv gegenüber.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. Arbeitszeitflexibilität für die Arbeitnehmer ist uns wichtig. Im Sinne BÜNDNISGRÜNER „Zeitpolitik“ wollen wir die Zeitsouveränität der Arbeitnehmer erhöhen. Das ist Teil guter Arbeit und gesunder Arbeitsverhältnisse.

FDP: Die Freien Demokraten werden ein echtes Personalentwicklungskonzept vorlegen, das neben der Erhöhung der Einstellungszahlen in einzelnen Bereichen (z.B. Lehrer, Polizei und Strafvollzug) auch Beförderungen und Aufstiegsmöglichkeiten vorsehen wird. Dabei wird auch die Frage des zukünftigen Umgangs mit dem Wunsch eines Beamten auf Teilzeitbeschäftigung zu beantworten sein. Grundsätzlich unterstützen die Freien Demokraten flexible Regelungen, die sowohl die freiwillige Entscheidung des Beamten in

Teilzeit zu arbeiten als auch die Möglichkeit seiner Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung, ermöglichen.

5. ... ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz verabschieden?

CDU: Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, das Personalvertretungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt einer Modernisierung zu unterziehen. Es gab viele Verständigungen und Anhörungen mit der SPD-Fraktion sowie den Ministerien und Personalvertretungen. Jedoch konnte keine Einigung mit der SPD-Fraktion erzielt werden. Somit unterliegt das Gesetz der Diskontinuität. Jedoch wird das Personalvertretungsgesetz im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen der neuen Legislaturperiode verankert und schnellstmöglich bearbeitet werden. Über die Inhalte muss aber noch diskutiert werden. Für Verbesserungen und Vorschläge Ihrerseits sind wir offen.

DIE LINKE: Die LINKE hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, der auch die aufgeführten Forderungen zum Inhalt hat. (Die „große“ Wegstreckenentschädigung soll gesetzlich verankert werden.)

SPD: Die SPD wird in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften die in der aktuellen Legislaturperiode am Koalitionspartner CDU gescheiterte Novellierung des Personalvertretungsrechtes wieder aufnehmen und dabei ein deutliches Plus an Mitbestimmung erreichen. Die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung sowie die Anpassung an die aktuellen Größen von Dienststellen waren bereits bei der gescheiterten Novellierung auf der Agenda.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. Zur Novellierung des Personalvertretungsgesetzes bekennen wir uns in unserem Wahlprogramm. Das beinhaltet auch, insbesondere die Mitwirkungstatbestände zu erweitern und die Anzahl der Personalratsmitglieder im Verhältnis zur Belegschaft zu erhöhen.

FDP: Zunächst ist festzuhalten, dass sich das Personalvertretungsrecht bewährt hat. Gleichwohl sollte nach Ansicht der Freien Demokraten das Personalvertretungsrecht mit Blick auf die fortlaufenden Entwicklungen überprüft werden. Die FDP hält zum Beispiel die Wiedereinführung von Gruppenvertretungen für sinnvoll. Auch die Datenschutzbestimmungen sollten höchstmöglichen Standards entsprechen. Über die in der Frage angesprochenen Forderungen und die Ausgestaltung im Einzelnen muss mit den Vertretungen gemeinsam beraten werden.